

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Huber
Kolleginnen und Kollegen
betreffend **Umschichtung der BMLFUW- Förderbudgets zugunsten von der Frühjahrsdürre 2011 betroffener Landwirte**

eingbracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzrahmengesetz 2012 bis 2015 erlassen wird – BFRG 2012 – 2015 (1174 d.B).

In der Umweltsektion des Landwirtschaftsministeriums werden die Zahlen, Daten und Fakten zu diesem Thema ausreichend erhoben: Derzeit sind in Österreich die Wasserpegel der Flüsse und Grundwässer so niedrig wie nie zuvor. In vielen Gegenden gab es nur die Hälfte der üblichen Regenmengen. In Tirol fiel sogar um 80 Prozent weniger Regen als üblicherweise zu erwarten gewesen wäre.

Landwirte in exponierten Gebieten und insbesondere höheren Lagen, wo die Wasserspeicherkapazität der Böden gering ist, haben bereits beim ersten Schnitt der Heuernte 70% an Einbußen und Ernteaufällen zu beklagen.

Der momentane Regen schützt Landwirte in Ebenen vor ähnlichen bzw. weiteren Schäden aber Österreich ist insgesamt immer stärker werdenden regionalen Klimaänderungen ausgesetzt auf die es im Rahmen neuer Maßnahmen zu reagieren gilt.

Die Österreicherinnen und Österreicher haben dem Landwirtschaftsministerium im Rahmen seines verfügbaren Gesamtbudgets von mehr als 2,1 Milliarden Euro im Jahr 2011 bereits ausreichend Steuermittel zur Verfügung gestellt und damit „genug gezahlt“.

Daher sollen durch eine Evaluierung der bestehenden Förderzuwendungen, insbesondere an ÖVP-nahe Verbände, Kammern und deren Einrichtungen, Mittel bereitgestellt werden, um mit den derzeit wenig effektiv eingesetzten Mitteln die von außergewöhnlichen Ernteaufällen betroffenen Landwirte zu entschädigen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird aufgefordert, innerhalb des geltenden Finanzrahmens eine Evaluierung der bestehenden Förderzuwendungen seines Ressorts durchzuführen, und Mittel für den Ausgleich von dürrebedingten Ernteaufällen im Frühjahr 2011 bereitzustellen“.

Wien, 18. Mai 2011